

Der Harz – GRÜN in die Zukunft

Unser Programm für den Kreistag 2019 – 2024

Kommunalpolitik ist die Wurzel Bündnisgrüner Politik in Sachsen-Anhalt. Aus Initiativen vor Ort heraus, die sich um Umweltschutz und Demokratisierung im Großen und ganz konkreten kümmerten, gründeten sich in unserem Land BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN. Diese Basis ist uns nicht nur Vermächtnis, sie ist uns eine wichtige Aufgabe und eine Stärke unserer Partei. Noch heute sind Bürgerinitiativen und Vereine vor Ort unsere stärksten Partner, wenn es um die Gestaltung von Zukunft für Sachsen-Anhalt geht.

Wer unsere Gesellschaft ökologischer, gerechter und demokratischer machen will, muss vor Ort beginnen. Hier wollen wir Menschen für unsere Ideen gewinnen, ihnen zeigen, dass mit grünen Initiativen reale Politik gemacht werden kann, die die Kommune besser macht. Wir stärken die Kommunen, damit sie eine attraktive und lebenswerte Heimat sind. Lokale Institutionen wollen wir von der Freiwilligen Feuerwehr über örtliche Besonderheiten bis zum Ehrenamt unterstützen.

Der Harz vereint ursprüngliche Landschaften, Kleinode historischer Architektur und sehr unterschiedliche lebenswerte und lebendige Gemeinden. Das alles zu erhalten und für die Zukunft zu gestalten ist unser Antrieb für die politische Arbeit.

Für einen Harz mit grünen Landschaften und blühender Kultur

Die einzigartigen Landschaften im Harz sind wertvoller, unersetzlicher Lebensraum und Magnet für den Tourismusboom in unserem Landkreis. Gleichzeitig sind sie durch unsere Lebens- und Wirtschaftsweise ebenso bedroht wie die Grünanlagen in unseren Kommunen. Ihre Bewahrung wird entscheidend sein für die Zukunft unseres Landkreises.

Deswegen stellen wir uns vehement gegen eine Kommerzialisierung der Harzer Landschaften. Wir wollen naturnahen Tourismus und Umweltbildung fördern. Wir setzen uns ein für einen flächendeckenden Naturtourismus im Harz, an dem alle Orte Anteil haben, mit beispielsweise Weitwander- oder Radwege und Loipen, die den Harz von Ost nach West durchqueren und dabei viele der Harzorte anlaufen, anstelle sogenannter „Leuchtturmprojekte“. Skizirkus, Seilbahn-Halligalli und sogenannte Wipfelpfade ohne Bäume lehnen wir ab.

Kreiseigene, unbebaute Grundstücke sollen grundsätzlich vorrangig ökologischen Funktionen dienen. Dazu sind Teilflächen öffentlicher Flurstücke, die von Landwirtschaftsbetrieben unter den Pflug genommen wurden (z.B. an Wegrändern, Uferstreifen, etc.), vom Landkreis bzw. den Städten und Gemeinden zu ermitteln, zurückzufordern und zu renaturieren.

Die Grünflächenpflege des Landkreises, auch die Bewirtschaftung von Straßenbegleitflächen, ist auf biologische Vielfalt und den Insektenschutz auszurichten.

Wir wollen, dass der Landkreis Initiativen von Wohnungsunternehmen unterstützt, die ihre Grünflächen Mietern zur eigenen Gestaltung überlassen. Durch Mietergärten wird Umweltbildung und Eigeninitiative, Miteinander, Nachhaltigkeit und Erholung gefördert, gleichzeitig bieten kleinteilige Gartenräume Rückzugsorte und Lebensräume für Insekten und Kleinlebewesen.

Die Klimakrise bedroht inzwischen spürbar auch unseren Lebensraum. Es braucht große Anstrengungen aller, um die Krise zumindest abzumildern. Wir fordern den Landkreis Harz auf, ein Klimaschutzkonzept vorzulegen, das einerseits wirksame Maßnahmen zur Verringerung der Emission von Kohlendioxid festlegt und andererseits den Umgang mit den Klimafolgen im Blick hat.

Dazu gehören auch kluge Überlegungen zum Hochwasserschutz im Harz. Hier gilt es einerseits den Schutz von Menschenleben und Bauten im Blick zu haben, andererseits sind die Gewässer im Harz und ihre Umgebung vielerorts wertvoller Lebensraum teils geschützter und autochtoner (nur hier vorkommender) Arten, wie der Harzer Bachforelle. Wir wollen keine Neubauten in potentiellen Überschwemmungsgebieten. Das Wasserrecht ist bei allen Neubauten zu beachten und auch durch Rück- und Umbauten sehr zügig umzusetzen.

Trotzdem erforderliche Hochwasserschutzmaßnahmen müssen naturschutzfachliche, landschaftsästhetische und touristische Aspekte und auch die zunehmend an Bedeutung gewinnende Wasserspeicherung für Dürreperioden im Blick haben. Dem werden generell Netze kleiner Maßnahmen eher gerecht, als die vermeintlich kostengünstigen Großprojekte.

Ein hoher Flächenverbrauch für Neubauten und Tagebaue zerstört Naturräume und unsere Lebensräume. Wir wollen, dass der Landkreis Harz hier steuernd eingreift. Die Verwaltung soll dem Kreistag über den Flächenverbrauch und alle anderen umweltrelevanten Daten Bericht erstatten. Dafür fordern wir eine regelmäßige Erhebung. Neue Versiegelungen sind auf ein absolut notwendiges Maß zu begrenzen.

Liegenschaften im Eigentum der öffentlichen Hand müssen Vorbildfunktion bezüglich Energieeffizienz, der Nutzung regenerativer Energien und umweltgerechter Materialien haben. Dies gilt insbesondere für Schulen und Kindertagesstätten, die vom Landkreis und den Kommunen als Eigentümer so ausgestattet werden sollen, dass dort Ernährungs- und Umweltbildung stattfinden kann, etwa mit Schulgärten und Schulküchen, Photovoltaik- und Kleinwindkraftschauanlagen.“

In den letzten Jahren haben zunehmend Berichte über tierquälerische Haltungsbedingungen in landwirtschaftlichen Betrieben schockiert. Wir fordern vollumfängliche und, wie vorgeschrieben, unangekündigte tierschutzrechtliche Kontrollen durch die zuständige Veterinärbehörde. Der Tierschutz muss unbedingt eingehalten werden, auch um solche Landwirte, die gut und fair Lebensmittel produzieren vor dem Imageschaden durch schwarze Schafe zu bewahren.

Wir dringen auch auf die Einhaltung von Naturschutzgesetzen und unterstützen die Naturschutzverbände bei ihrem Streiten dafür. Verstöße gegen Naturschutzgesetze, etwa das Roden von Streuobstbeständen, müssen durch die zuständigen Kreisbehörden konsequent verfolgt werden.

Die Festsetzung und Umsetzung von ökologischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen müssen vollständig in dem Kompensationsverzeichnis transparent gemacht und zur Einsicht öffentlich zugänglich ins Internet eingestellt werden.

Die heutige Grenze des Landkreises zu den niedersächsischen Landkreisen Helmstedt, Wolfenbüttel und Goslar in Niedersachsen war bis 1990 Teil der militärisch bewachten innerdeutschen Grenze.

Im Schatten von Stacheldraht und Todesstreifen ist ein unberührter Naturraum entstanden, in dem rund 1.200 bedrohte Tier- und Pflanzenarten einen Lebensraum gefunden haben.

Wir unterstützen das Vorhaben der Landesregierung, den ehemaligen Grenzstreifen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland anlässlich des 30. Jahrestages der Öffnung der innerdeutschen Grenze als „Naturmonument Grünes Band Sachsen-Anhalt“ auszuweisen. Unter dem Leitgedanken - vom Todesstreifen zur Lebenslinie - werden sowohl ökologisch wertvolle Naturräume als auch der Ort nationaler Erinnerungskultur für nachfolgende Generationen gesichert und erlebbar gemacht.

Wir wollen, dass der Landkreis diese Ziele durch eigene Beiträge aktiv unterstützt.

Der Harz ist ebenso geprägt durch eine große kulturelle Vielfalt. Brauchtumspflege steht hier neben klassischer und moderner Musik, ein hochgelobtes Vier-Sparten-Theater neben Soziokultur, Karneval neben Sportveranstaltungen und Musikfestivals.

Wir wollen erreichen, dass der Landkreis seine Kulturleitlinien fortschreibt und eine Kulturvision entwickelt, die die Vielfältigkeit der Kultur auf dem Land und in den Städten des Landkreises fördert. Dabei legen wir Wert auf den Erhalt und die Entwicklung des Nordharzer Städtebundtheaters und des Philharmonischen Kammerorchesters Wernigerode ebenso wie auf die Förderung von Sportvereinen, Dorfgemeinschaftshäusern, Kulturvereinen und Soziokultur.

Für einen Harz der Bürgerinnen und Bürger

In den Gemeinden und Kommunen begegnen sich Mandatsträger*innen und Bürger*innen so konkret und direkt wie nirgends sonst. Darin liegen Chancen für die Gesellschaft, die Politikmüdigkeit zu überwinden, wenn es gelingt, die Anliegen und Bedürfnisse der Menschen direkt in die kommunalen Gremien zu transportieren. Wir wollen Instrumente und Verfahren dafür stärken und die Bürger*innen so weit wie möglich beteiligen.

Eine lebendige Kommune schafft Beteiligungs- und Teilhabemöglichkeiten für all ihre Einwohner*innen, fördert Engagement und wertschätzt den Einsatz von Ehrenamt. Echte Demokratie schließt niemanden aus und bemüht sich aktiv um aktive Beteiligung der gesamten Gesellschaft. Wir wollen Frauen und junge Menschen stärker fürs Ehrenamt der Kreistagsarbeit gewinnen. Dafür braucht es Veränderungen, die diese Aufgaben vereinbarer mit Familienarbeit machen. Daher wollen wir die kommunalen Fraktionen und Verwaltung dazu anregen, dass es durch veränderte Sitzungszeiten, Kinderbetreuung und die Möglichkeit der Elternzeit für kommunale Mandatsträger*innen auch Eltern und insbesondere Müttern möglich wird, sich für ein Mandat im Kreistag zu entscheiden.

Geschlechterparität in öffentlichen Ämtern, Ausschüssen und Aufsichtsgremien ist unser Ziel. Kommunale Verwaltungen, die Geschlechterparität in der Verwaltungsspitze umsetzen, erfüllen eine Vorbildfunktion für die Gesellschaft. Für die Verwaltung des Landkreises muss es selbstverständlich sein, Frauen die gleichen Einstellungs- und Aufstiegschancen wie Männern zu ermöglichen. Dazu gehören geschlechterneutrale Eingruppierungen und flexible, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle inklusive Arbeitszeitverkürzungen, die für alle Arbeitnehmer*innen der Kreisverwaltung attraktiv gestaltet werden.

Kinder und Jugendliche wollen mitreden und mitgestalten. Auch junge Menschen sollen an Entscheidungsprozessen im Landkreis beteiligt werden. Werden sie bei Entscheidungen einbezogen, können Kinder und Jugendliche diese besser nachvollziehen und deren Ergebnisse mehr wertschätzen. Mit Räumen zur Selbstgestaltung können sich Kinder und Jugendliche zudem identifizieren und somit an ihre Umgebung binden.

Wir möchten im Harz ein Kinder- und Jugendparlament einrichten, welches im Kreistag Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht erhält. Für die Umsetzung schlagen wir die Beratung durch das neugeschaffene Kompetenzzentrum für Kinder- und Jugendbeteiligung in Sachsen-Anhalt vor.

Wir wollen demokratische Strukturen und die Beteiligung von Bürger*innen zum Beispiel durch Bürger*innenbefragungen und Bürger*innenworkshops stärken. Der Landkreis soll ein Beteiligungskonzept erarbeiten und vorlegen.

Die Beteiligung aller Einwohnerinnen und Einwohner am öffentlichen Leben im Harz erfordert Anstrengungen zur Inklusion in allen Lebensbereichen.

Wir begrüßen die aktive Arbeit des Inklusionsbündnisses Harz, werden dies weiter unterstützen und Unterstützung einfordern. Wir fordern ein barrierearmes Konzept bei allen Investitionen des Landkreises und auch ungewöhnliche Überlegungen, wie da, wo bauliche Lösungen nicht möglich sind, andere Lösungen zu mehr Teilhabe von Menschen mit Handicap führen können.

Bildung gilt zu Recht als Schlüssel zu mehr Teilhabe und Schulen sind in den Kommunen wichtige Anker und Standortvorteil. Wir wollen lebendige Kommunen mit Schulen im guten baulichen Zustand vor Ort. Der Landkreis soll die Errichtung von Schulverbänden und Kleinstschulen unterstützen und fördern.

Der Landkreis soll auch die Gemeinden und freien Träger bei der Umsetzung der Regelungen des neuen KiFöG unterstützen. Wir wollen in allen Kommunen faire und nach Einkommen gestaffelte Elternbeiträge für die Betreuung von Kindern in Kitas und Horten.

Der Harz ist auch Heimat für viele Geflüchtete geworden. Wir wollen, dass die hervorragenden Integrationsbemühungen der Harzerinnen und Harzer gewürdigt, unterstützt und weitergeführt werden. Wir stehen für ein weltoffenes und solidarisches Miteinander. Gemeinsam gestalten wir die Zukunft für unseren Landkreis.

Ein prosperierender Landkreis bedeutet an vielen Stellen auch höhere Wohnkosten. Wir fordern die dynamische Anpassung des Wohngeldes im Landkreis Harz an die steigenden Mieten.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Ausländerbehörde des Landkreises Harz Genehmigungsverfahren (z.B. Arbeitserlaubnis) so zügig wie rechtlich zulässig bearbeitet.

Die Gesundheit der Menschen im Landkreis soll vor wirtschaftlichen Interessen alle Überlegungen zur zukünftigen Ausrichtung unseres kommunalen Harzklिनикums lenken. Als Träger des großen Klinikums kann der Landkreis hier im Interesse auch des ländlichen Raumes steuern und entwickeln. Wo ambulante ärztliche Versorgung sonst wegbrechen würde, kann das Harzklिनикum mit Gemeinschaftspraxen und medizinischen Versorgungszentren die Behandlung und Versorgung sicherstellen.

Für einen Harz mit starken Kommunen

Im Harz leben wir in sehr unterschiedlichen Gemeinschaften zusammen. Kleine gemütliche Dörfer, prosperierende Kleinstädte, unentdeckte Schönheiten – die Voraussetzungen könnten verschiedener nicht sein. Wir wollen, dass der Landkreis ausgleicht und fördert.

Der ländliche Raum im Harz ist Vielen geliebte Heimat und leidet trotzdem unter Abwanderung und Schrumpfung. Wir wollen ihn stärken. Die

Investition in einen digitalisierten und intelligenten ÖPNV hilft, die Mobilität der Einwohner*innen zu erhalten. Nicht nur tagsüber, sondern auch in den späteren Abendstunden und am Wochenende soll öffentlicher Verkehr Einwohner*innen und Gäste befördern, z.B. nach einer längeren Wanderung, einer abendlichen Einkehr in der Harzgastronomie, oder zurück in die Harzorte nach dem Besuch einer kulturellen Veranstaltung in einer der nahegelegenen Städte. Das stärkt auch den Tourismus, die Gastronomie und die Kultur im Kreis. Dabei sind unkonventionelle Lösungen wie Bürgerbusse oder Zubringerlösungen mitzudenken.

Wir fordern einen schnellen Breitbandausbau, damit auch im ländlichen Raum die Wachstumschancen der Wirtschaft 4.0 ankommen.

Die Kommunen im Landkreis brauchen eine auskömmliche Finanzausstattung, um gesellschaftliches Leben, Wirtschaft und Kultur gestalten zu können. Wir setzen uns für eine an dieser Aufgabe ausgerichtete Kreisumlage ein. Um eine ausgewogene Entwicklung der Kommunen zu sichern, darf sich der Landkreis nicht auf Kosten der kreisangehörigen Gemeinden entwickeln.

Wir setzen uns dafür ein, dass Jahresüberschüsse der Harzsparkasse in maximal möglicher Höhe dem Kreishaushalt zugeführt werden.

Die Geschäftspolitik der Harzsparkasse als kommunaler Finanzdienstleister soll stärker als bisher gemeinwohlorientiert erfolgen. Dabei ist ein flächendeckendes Angebot von Finanzdienstleistungen unerlässlich. Über die Vergabe von Spenden der Harzsparkasse soll künftig transparent entschieden und jährlich ein Spendenbericht veröffentlicht werden.

Wir wollen starke Kommunen, die sich im Landkreis einbringen. Dafür fordern wir auch die stärkere Einbeziehung der kommunalen Parlamente in die Regionalplanung und eine Berichtspflicht der mit der Regionalplanung Beauftragten im Kreistag und in den Stadt- und Gemeinderäten.